

Pressemeddelelse  
Kiel, 19.06.2015

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **SSW-Politiker befürchten Domino-Effekt**

*Kündigung des Gesellschaftervertrages durch den Kreis Nordfriesland würde das Landestheater insgesamt in Gefahr bringen.*

*Sehr besorgt zeigten sich Landes- und Kommunalpolitiker des SSW zu den Plänen des nordfriesischen Kreistages den Gesellschaftervertrag mit Wirkung zum 31.07.2019 zu kündigen.*

*In einer gemeinsamen Erklärung sagten die kulturpolitische Sprecherin des SSW im Landtag, Jette Waldinger-Thiering und die SSW-Kommunalpolitiker Ulrich Stellfeld-Petersen (Nordfriesland), Susanne Schäfer-Quäck (Flensburg), Gudrun Lemke (Schleswig-Flensburg), Susanne Storch (Rendsburg-Eckernförde), Erich Seifen (Flensburg), Peter Knöfler (Husum) und Morten Jochimsen (Rendsburg):*

„Es ist für uns unverständlich, dass der nordfriesische Kreistag den Gesellschaftervertrag mit dem Landestheater kündigen will. Das Landestheater war gerade wieder auf einen guten Weg durch die positiven politischen Signale aus Schleswig, Rendsburg und Flensburg. Bei diesen wichtigen Gesellschaftern haben sich die Entscheidungsgremien für einen Erhalt des Landestheaters und gegen eine Kündigung des Gesellschaftervertrages ausgesprochen. Die Verhandlungen über die Zukunft des Landestheaters gehen jetzt in eine sensible Phase. Sollte der

nordfriesische Kreistag seine Kündigung wahr machen, befürchten wir einen Dominoeffekt bei anderen Gesellschaftern.

Die Begründung des Kreistages, dies sei eine notwendige Haushaltskonsolidierung wegen der FAG-Kürzung ist nicht nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass die Ersparnis von ca. 170.000,- Euro erst ab 2020 greift. Es geht auch darum, ob es in Zukunft noch Theater und gute Kulturangebote im ländlichen Raum geben soll. Wir appellieren daher an den nordfriesischen Kreistag diese Entscheidung nochmal zu überdenken.“